



Auswärtiges Amt

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Heike Hänsel  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Prof. Dr. Maria Böhmer**  
Staatsministerin im Auswärtigen Amt

POSTANSCHRIFT  
Kurstraße 36,  
11013 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-2926  
FAX +49 (0)30 18-17-3903  
[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Berlin, den 17. Januar 2018

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre für die Fragestunde am  
17. Januar 2018 gestellte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Wahrnehmung durch Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer

**Frage Nr. 51**

**MdB Heike Hänsel**

**Fraktion DIE LINKE.**

Frage:

Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Bundesregierung bzgl. der steigenden Zahlen neuankommender Flüchtlinge (bitte Zahlen von Oktober 2017 bis Jan 2018), und welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um Griechenland bei der Aufnahme zu entlasten und die humanitären Bedingungen in Moria zu verbessern?

Antwort:

Gegenüber dem Vorjahreszeitraum hat es in der Tat einen leichten Anstieg der Zahl neuankommender Flüchtlinge und Migranten gegeben. Gleichwohl sind die Größenordnungen weit entfernt von den Ankunftsahlen in Griechenland aus der Zeit vor dem Beginn der Umsetzung der EU-Türkei-Erklärung.

Der Bundesregierung liegen folgende Ankunftsahlen auf den Ostägäischen Inseln vor:

Oktober 2017: 4.172, November 2017: 3.183, Dezember 2017: 2.358, Januar 2018 (bis 11. Januar 2018): 831.

Es liegt zunächst in der Verantwortung Griechenlands, für menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten sowie Aufnahmebedingungen auf den Ostägäischen Inseln zu sorgen, die seit Jahren Haupteinreisepunkt in Griechenland sind. Jedoch unterstützen die Bundesregierung und die EU Griechenland weiterhin finanziell bei der Bewältigung der Situation und dem Ausbau der Hotspots.

Die Einrichtung zusätzlicher winterfester Unterkunftsplätze in Moria und anderen Hotspots auf den Inseln scheitert auch weiterhin vor allem an der Weigerung der griechischen Kommunen, zusätzliche Flächen für den Ausbau der Hotspots zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus verweise ich auf die Antwort der Bundesregierung auf Ihre Mündliche Frage Nr. 8 für die Fragestunde am 13. Dezember 2017.

Wahrnehmung durch Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer

**Frage Nr. 50**

**MdB Heike Hänsel**

**Fraktion DIE LINKE.**

Frage:

Inwiefern war eine mögliche Entschärfung der Reisehinweise für die Türkei seitens der Bundesregierung Thema bei den Gesprächen von Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und dessen türkischem Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu am 6. Januar 2018 in Goslar und inwieweit sieht die Bundesregierung die Voraussetzungen für die Aussage des türkischen Tourismusminister Numan Kurtulmus, „dass es für deutsche Bürger nicht gefährlich ist, die Türkei zu besuchen“ (dpa vom 11.01.2018) als gegeben an?

Antwort:

Die Bundesregierung äußert sich grundsätzlich nicht zu den Inhalten vertraulicher Gespräche mit ausländischen Regierungsvertretern.

Den Reise- und Sicherheitshinweisen des Auswärtigen Amtes lässt sich die aktuelle Einschätzung der Bundesregierung zur Gefahrenlage in der Türkei entnehmen. Diese Hinweise werden fortlaufend aktualisiert.

Eine allgemeine Aussage, wie die von Ihnen in der Fragestellung zitierte, lässt sich den Sicherheitshinweisen grundsätzlich nicht entnehmen. Die Reise- und Sicherheitshinweise vermitteln vielmehr einen umfassenden Überblick über die Lage vor Ort und erlauben den Bürgerinnen und Bürgern damit eine eigenständige Entscheidung.

Zuletzt wurden die Reise- und Sicherheitshinweise für die Türkei am 15. November 2017 aktualisiert.